

## Bezugspreis:

Einzelheft 20.- Pf. monatlich 1.60.- Pf. halbjährlich 9.00.- Pf. jährlich 18.00.- Pf. (Postgebühren eingeschlossen). Unter Abrechnung für Deutschland, Ost- und Westpreußen, Danzig, das Saar- und Elsassgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreich-Ungarn und Rumänien 20.- Pf. für das übrige Ausland 25.- Pf. (Postgebühren eingeschlossen). Familien-Anzeigen für zwei Monate 2.00 Pf. Die Preise verstehen sich einschließlich Zustellungszuschlag.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Hell“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erziehung und Knechtgesang“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Fernsprecher: Redaktion Morikplan 15195-97

Expedition Morikplan 11753-54

Mittwoch, den 21. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Morikplan 11753-54

## Furchtbares Explosionsunglück.

800 Tote, viele tausend Verwundete.

Frankfurt am Main, 21. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts.“) Heute früh gegen 8 Uhr slog im benachbarten Oppau bei Ludwigshafen die dort befindliche Anilinfabrik unter donnerndem Getöse in die Luft. Der Luftdruck war so stark, daß in Mannheim und Frankfurt die Fenster Scheiben zerprangen.

700 bis 800 Personen sollen getötet

sein; die Zahl der Verletzten geht in die Tausende. Rettungszüge nach dem Unglücksort sind unterwegs. Das Unglück entstand durch Explosion zweier Gasbehälter, deren Ursachen noch nicht aufgeklärt sind.

Ueber das Unglück verbreitet WTB. folgenden Bericht:

Heute morgen gegen 1/8 Uhr erfolgten kurz hintereinander zwei außerordentlich starke Explosionen, verbunden mit einer gewaltigen Erderstüttung, die weit in der Umgebung verspürt wurde, so in Mainz, Heidelberg, Schweiningen, Frankfurt, Frankfurt, Ludwigshafen usw., wo überall Sachschaden angerichtet wurde. Auf der Ostseite der Häuser wurden zahlreiche Fensterscheiben durch den Luftdruck eingedrückt, Rollläden heruntergerissen, Fensterscheiben teilweise zertrümmert und leichteres Material wie Schreibmaschinen von den Dächern heruntergeschleudert. Die amtlichen Stellen geben auf Anfragen keine Antwort. Auch wurde teilweise wegen der drohenden Gefahr der Wiederholung der Explosionen das Telefon in Mannheim und in Ludwigshafen gesperrt. Wie wir feststellen konnten, hat beim Schichtwechsel in der Badischen Anilinfabrik in Oppau, wo die besonders explosionsgefährlichen Stickstoffverbindungen hergestellt werden, eine Explosion stattgefunden. Der Sachschaden ist ungeheuer. Die Zahl der Toten und Verwundeten geht in die Hunderte, konnte aber bisher auch nicht annähernd festgestellt werden. Alle verfügbaren Transportmittel wurden an die Unglücksstelle beordert, um die Verwundeten zu bergen. Die Unglücksstelle ist abgesperrt. Die französische Besatzung in Ludwigshafen hat ihre Pferde nach Wendenheim abtransportiert und soll sich alarmbereit halten. Die Explosionsgefahr ist bis zur Stunde noch nicht beboben. Nähere Einzelheiten und amtliche Ermittlungen über Ursache und Umfang der Explosion stehen noch aus.

Drei Arbeiterzüge verschüttet.

Ludwigshafen, 21. September. (TL.) Die Zahl der Toten und Verwundeten beläuft sich nach den bisherigen Schätzungen auf etwa 1000. Drei Arbeiterzüge wurden unter den Trümmern begraben. Sämtliche Fensterscheiben in Mannheim und in dem 25 Kilometer entfernten Heidelberg wurden zertrümmert. Transmissionsen von 100 Zentnern wurden von Ludwigshafen bis nach Mannheim geschleudert. In den Orten der Umgebung wurden zahlreiche Dächer abgedeckt. In Ludwigshafen liegen die Glascheiben fußhoch auf der Straße. In Mannheim haben die großen Fabrikanlagen unter der Explosion gelitten. Auch hier soll es Tote und Verwundete geben. In Oppau sind viele Wohnungen zertrümmert.

Mannheim, 21. September. (TL.) In Ludwigshafen sind die Krankenhäuser überfüllt und zahlreiche Verwundete müssen nach Mannheim geschafft werden; so daß auch dort bereits ein Platzmangel in den Krankenhäusern eingetreten ist. Sanitätsautos fahren ununterbrochen über die Rheinbrücke von Ludwigshafen nach Mannheim. Viele Schulkinder in Oppau wurden auf dem Wege zur Schule schwer verletzt. Ludwigshafen gleicht einem Kriegsschauplatz. Die Zahl der Toten konnte noch nicht ermittelt werden. Man spricht von 1000 Todesopfern. Ferner wird von der Unglücksstätte berichtet, daß drei Gasessel brennen und die Gefahr besteht, daß auch diese explodieren werden.

Oppau völlig zerstört!

Frankfurt a. M., 21. September. (WTB.) Auch hier hat das Oppauer Explosionsunglück erheblichen Sachschaden angerichtet. Das Dorf Oppau ist fast vollständig zerstört, die Verwüstung ist grauenhaft. Hunderte von Toten und Verwundeten liegen umher. Tausende von Menschen flüchten nach der Stadt und den weiter entfernten Stadtteilen. Die Zuckerfabrik Frankenthal hat erheblich gelitten. Nach einer Mitteilung der Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik an die höchste Hatzwerke hat die Explosion einen Teil des Oppauer Wertes zerstört. Die Ludwigshafener Anlagen blieben unberührt. Die Ursache der Explosion ist noch unbekannt. Die Zahl der Opfer konnte noch nicht festgestellt werden.

Die Ursache des Unglücks.

Mannheim, 21. September. (WTB.) Nach einer Meldung der „Badischen Landeszeitung“ handelt es sich um die Explosion des Gasessels im Bau 48 des Oppauer Wertes. Nach einer anderen Version um die von Spritzesseln der Oppauer Spritzwerke. Die Unglücksstätte ist in undurchdringlichen Rauch gehüllt. Bei den Firmen Benz und Böhlinger wurde schwerer Gebäudeschaden verursacht. Die Maschinenfabrik von Lange u. Reidig, diesseits des Mannheimer Industriegebietes, ist teils schwer beschädigt, teils zerstört. Aus Ludwigshafen kommen die beunruhigendsten Nachrichten.

Alle Meldungen lassen leider erkennen, daß es sich um ein Unglück von katastrophalem Umfang handelt. Die Zahlen der Toten und Verwundeten erinnern an das Grubenunglück von Courrières. Ueber Tage dürfte sich kaum jemals eine ähnliche Katastrophe in Deutschland ereignet haben. Die Opfer sind in erster Linie Proletarier. Die Arbeiterschaft steht in tiefer Trauer an ihrer Bohre. Der Schmerz der unglücklichen Hinterbliebenen ist der unsere. Auch ihnen gegenüber wird die Arbeiterschaft beweisen, daß sie sich an Solidaritätsgefühl von niemandem über treffen läßt.

Ueber die Schuld an dem Unglück ist noch nichts zu sagen. Einen positiven Anhaltspunkt ergeben die bisherigen Meldungen nicht. Es wird Pflicht des Reichstags und der Regierung sein, für die schärfste und eingehendste Untersuchung Sorge zu tragen, schon damit Vorkehrungen getroffen werden, daß dieses Unglück sich nicht wiederholt.

Teilnahme des Parteitag.

Auf dem Göttinger Parteitag machte der Vorsitzende Genosse Laubadel Mitteilung von dem furchtbaren Explosionsunglück in Oppau. Der Parteitag erhob sich zu Ehren der Opfer der Katastrophe von den Sitzen.

Der Rechtsputz vor dem Ausbruch?

München, 21. September. (TL.) Gestern waren allgemein Gerüchte von einem geplanten national-sozialistischen Putsch am heutigen Tage verbreitet. Auch im Landtag wurde in parlamentarischen Kreisen darüber gesprochen. Die Gerüchte wurden unterstützt durch die Tatsache, daß außerordentlich aufsehende Flugblätter aus Automobilen abgeworfen wurden, in denen Regierungsmitglieder und Landtagsparteien in schamloser Weise beschimpft wurden. Fünf Flugblattverleger konnten verhaftet werden. Von der zuständigen Behörde sind entsprechende Sicherheitsmaßnahmen gegen etwaige Ausschreitungen getroffen worden. — Hierzu schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten“: es sei ein unverantwortliches Beginnen, in dieser kritischen Stunde derart eine weitere Erregung unter die Bevölkerung zu tragen. Das Blatt warnt alle Kreise eindringlich vor Unbesonnenheiten, mit denen sie ihrem Ziel keinen Dienst erweisen, dem Lande und dem Reich aber den schwersten Schaden zufügen können.

Es ist sehr bezeichnend, daß diese Meldung von der „Telefunken“ verbreitet wird, die bisher ein ausgesprochenes Organ der Regierung Rahr war und deren Belagerungszustandspolitik durch wilde Meldungen über angeblich drohende Putsche von links unterstützt hat! — Was sagen nun die Leute, die über Weismanns Warnungen gelacht haben?

Die Mörder Erzbergers in der Schweiz?

Genf, 21. September. (TL.) Es scheint sich zu bestätigen, daß die Mörder Erzbergers sich nach der Schweiz geflüchtet haben. Die Polizei verfolgt eifrig ihre Spur. Man vermutet, daß sie sich in der Ortschaft aufhalten.

## Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Anzeigenzeile kostet 4.- Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 2.- Pf. (Zur Hälfte zwei festgedruckte Worte). Jedes weitere Wort 1.- Pf. Stellungszeichen und Schlussstriche 1.- Pf. jedes weitere Wort 1.- Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 2.00 Pf. Die Preise verstehen sich einschließlich Zustellungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Vahrenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

## Die Presse zum Göttinger Beschluß

Abgeordneter Rahl über die Stellung der Volksparteier.

Ein Berliner Mittagsblatt bringt Bemerkungen, die der volksparteiliche Abgeordnete Rahl ihm gegenüber gemacht hat. Er meint u. a.:

Unsere Bereitschaft, mit der Sozialdemokratie gemeinschaftlich zu arbeiten, ist ein alter Programmsatz der Deutschen Volkspartei. Was wir immer bekämpft haben, ist der Anspruch der Sozialdemokraten, in der Regierung tonangebend zu sein und eine Vorherrschaft über die anderen Koalitionsparteien auszuüben. Soll es zu einer Arbeitsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten kommen, so muß die Voraussetzung dafür ein so breiter Boden für die gemeinsame Arbeit sein, daß unsere grundsätzlichen Anschauungen nicht verletzt werden. Die Frage der Staatsform braucht jetzt kein Trennungspunkt zu sein.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß praktische Politik nur mit der Arbeiterschaft gemacht werden kann, verweise aber immer wieder darauf, daß weite Arbeiterkreise nicht sozialistisch gesinnt sind, sondern auf unserer Seite stehen. Durch die Zusammenarbeit der Deutschen Volkspartei mit den Sozialdemokraten würde aber auch der falsche Anschein vermieden, als stünde unsere Partei in einem Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterschaft. Die Deutsche Volkspartei ist für die Arbeiter stets ebenso warm eingetreten wie für die anderen Stände.

Unter den gestrigen Abendblättern ist die „Deutsche Tageszeitung“ am bemerkenswertesten. Sie meint, daß theoretisch sie sich an dem Namen Sozialdemokratie auch nicht stoße, aber praktisch — und hier warnt sie die Deutsche Volkspartei — wären die in Götting formulierten Bedingungen doch „ein laubdinhisches Joch für jede Partei, die sich als Träger des nationalen Gedankens fühlt“. Heute beginnt die Schwerindustrie aus ihren großen Papierkanonen den Angriff gegen die Deutsche Volkspartei. Unter der Überschrift „Die Spekulation der Sozialdemokraten auf Anschlag nach rechts“ schreibt der „Tag“:

Mit der Annahme der Koalitionsauflösung glauben die Herrschaften von der roten Couleur ein Uebiges getan zu haben. Und die Deutsche Volkspartei, auf die die Entschließung hingiebt, soll nun mit Pauken und Trompeten und mit fliegenden Fahnen auf die andere Seite hinübermarschieren. Die Göttinger Kongreßleute brauchen bloß zu pfeifen, und die Deutsche Volkspartei tanzt! Natürlich! Sie vergißt auf den Wind aus Götting hin prompt alle die Widersprüche, die ihr die SPD. noch bis vor kurzem angetan; sie weiß nichts mehr von der schweren Schuld, welche die SPD. in jahrzehntelanger Mühsal auf sich geladen, und bekannt ist oben drein lachenden Herzens zum roten Parteiprogramm, indem die Deutsche Volkspartei die in der Resolution gnädig präsentierten „Mindestforderungen“ annimmt! Nein, nein, es wird sich noch sehr fragen, ob sich die Deutsche Volkspartei dazu verstehen kann, den Rücken in der SPD.-Röhre die Kationen aus dem Feuer zu holen! Die Deutsche Volkspartei wird sich vielmehr recht deutlich vergegenwärtigen, daß die SPD. den Kauten vor einer Koalition nicht aus einem Herzen der Freundschaft heraus gemacht hat, sondern aus Neid! Die SPD. steht vor einer für sie noch peinlicheren Einschlößigkeit und schnappt nach Rettung selbst bei politischen Gegnern.

Gewissermaßen in koalitionsfähigen Umgangsformen schreibt die „Tägliche Rundschau“, daß die dem Parteitag vorgelegte Entschließung mit wohlüberlegter Absicht die Namensnennung neuer koalitionsfähiger Parteien vermeide. Sie betont dann, daß die Fassung der Forderungen eigentlich so sei, „daß sich jede Partei auf diese Bedingungen einlassen könnte, die eine reine Putschakt als politisches Kampfmittel ablehnt“. Dann heißt es weiter:

Aus freier Herzensneigung haben die Müller und Scheidemann ganz gewiß nicht den Standpunkt verteidigt, die Volkspartei als koalitionsreif anzuerkennen. Sie gaben sich freilich den Anschein, als wenn sie auf Grund besonders weisheitsvoller politischer Eingebungen sprächen. Tatsächlich liegen die Verhältnisse aber so, daß die Sozialdemokratie sich dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung nicht mehr widersehen kann, wenn sie sich nicht selbst um allen Einfluß auf die Führung der Regierungsgeschäfte bringen will. Die Debatten des Parteitages in Götting könnten nur allzu leicht das völlig falsche Bild vermitteln, als hänge die Teilnahme der Deutschen Volkspartei an der Verantwortung für Reich und Staaten von der Gnade der Sozialdemokratie ab. Die wirtschaftspolitische Situation Deutschlands und die Mißerfolge des Kabinetts Wirth machen aber die erneute Mitwirkung der Deutschen Volkspartei zu einer unbedingten Notwendigkeit, wenn wir nicht in das Chaos treiben wollen.

Der Artikel schließt mit den Worten:

Wir wollen zwar zur Kenntnis nehmen, daß die Sozialdemokratie nun also endlich eine „Regierungspartei“ zu werden wünscht, aber Vorschläge über diese Erklärung hin kann man der Sozialdemokratie um so weniger zugestehen, als sie sich bisher trotz oft wiederholter Versicherungen über ihre regierungspolitische Einstellung immer wieder durch die Stimmungen der Straße beeinflussen ließ.

## Neue Krise in Bayern.

München, 21. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts.“) Die politische Lage hat heute nachmittag infolge einer neuen Verschärfung erfahren als es tatsächlich einer Widerstandsgruppe der Bayerischen Volkspartei gelungen ist, den ehemaligen Ministerpräsidenten Rahr nach München zurückzuführen und mit Lohndienst und Rahr gemeinsam die Regierungsgewalt zu beraten. Wenn auch die Rückkehr Rahr nach München noch keineswegs ein Umfall der Bayerischen Volkspartei in Sachen ihrer Reichspolitik bedeutet und die Wiederberufung Rahr außerordentlich unwahrscheinlich ist, so spricht doch die Tatsache, daß Rahr im Landtagsgebäude erwartet wird, dafür, daß die leitenden Männer der Bayerischen Volkspartei einen schweren Kampf weiterzukämpfen haben, um das bayerische Schiff flott zu erhalten. Die „Münchener Post“ schreibt zur Lage:

Ueber den neuen Mann war man sich bereits einig. Auf einmal wurde Herr v. Rahr nach München berufen, wohl ein praktischer Beweis für die Zerkahrenheit. In der Verdröberung macht sich allmählich eine starke Reizbarkeit bemerkbar. Die tollsten Versuche werden unternommen und die wildsten Pläne geschmiedet. Dringender als je rufen wir unseren Genossen zu: Kaltes Blut! Unternehm nicht ohne Weisung der von euch selbst gewählten Leitung.

Während die verfassungsmäßige Vertretung des Volkes in nächsten Beratungen sich um die Befestigung der Staatsautorität bemüht, feiert der von Boegner geleitete Böbel wahrhafte Orgien einer wilden Handjettelspropaganda. Auch heute wieder flattern die Schmähschriften der Rechtskonservativen durch die Straßen der Stadt.



# Unsere Steuerpolitik.

## Dritter Verhandlungstag, Vormittags-sitzung.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Berlin, 21. September 1921.

Vorsitzender Laubadel eröffnet die Verhandlungen um 9 Uhr. Das Wort zum Bericht über die Finanzlage und Steuerfrage erhält

Wilhelm Reil:

Mein Thema ist weder kurzweilig noch begeistern, aber unabsehbar angefüllt mit den für das Wirtschaftsleben und die Lebensinteressen der Arbeiterklasse.

### Die Lage ist trostlos

und ein Weg zur Befundung ist kaum zu finden. Die sichtbare Reichsschuld betrug am 31. März 1921 nicht weniger als 304 Milliarden Mark, davon 86 Milliarden fundierte, 218 Milliarden schwappende und 8 Milliarden innere Schuld. Hinzukommen die unsichtbaren Schulden, die Verpflichtungen gegenüber den Auslandsdeutschen, die auf 130 Milliarden geschätzt werden und die Wiedergutmachungsschuld. Dazu die Schulden der Länder bis 7 Milliarden, der Kreise, Gemeinden und Provinzen mit 30 Milliarden und dazu endlich 25 Milliarden Eisenbahnschulden. Grundsätzlich sind diese Schulden Papiermilliarden geworden. Den Wert des deutschen Volkvermögens auch in Papier umzurechnen, ist schon wegen der Schwankung der Papiermark unmöglich. Berücksichtigt man die schwere Einbuße Deutschlands und die Entwertung auch des Golddollars und der Goldmark, so wird das öffentliche und private Vermögen Deutschlands sich etwa wie vor dem Kriege auf etwa 350 Milliarden belaufen. Der schwache Trost, der in dieser Feststellung liegt, wird noch weiter abgeschwächt durch den Anblick des laufenden Etatsjahres. Der ordentliche Ausgabenbedarf für 1921 beträgt rund 60 Milliarden, der außerordentliche Bedarf des Lebensmittelschusses, Wohnungsbauzuschusses und des Zuschusses für Eisenbahn und Post rund 60 Milliarden. In dieser Summe ist ein Teil der zur Durchführung des Friedensvertrages notwendigen Gelder enthalten, aber die Gesamtverpflichtung an die Entente beträgt unter Berücksichtigung des jetzigen Kursstandes mindestens 60 Milliarden Papiermark im Jahre und einschließlich der Kosten für die Befahrung der Armee und die Kontrollkommission bleibt die Kontributionslast

nicht unter 70 Milliarden.

Einem Gesamtbedarf für das Jahr 1921 von 138 Milliarden — die Summe steigt bei jedem weiteren Valutasturz und fällt bei jeder Besserung der Valuta — stehen nur 55 Milliarden Einnahmen gegenüber, davon 47 Milliarden ordentliche Einnahmen, 4,2 Milliarden neu zu beschließende Steuern — gemeint ist die Zucksteuer, die vorweggenommen werden sollte — und 6 Milliarden Reichsnotopfer. Der tatsächliche Ertrag der Steuern dürfte höher sein als der geschätzte, aber auf der anderen Seite verschärft die Annäherung an die Weltmarktpreise die Teuerung und zieht erhöhte Ausgaben für Gehälter und Löhne nach sich.

Unter uns brauchte es keines Wortes, wie wir in dieses Geld hineinkommen sind; aber gegenüber den demagogischen Geschwätzern, die immer wieder aufs neue behaupten, daß Revolution und demokratische Republik die Finanzen zerstört haben, kann nicht oft genug festgelegt werden, daß

der finanzwärtige Krieg, die Kriegsausgaben und die gewissenlose Finanzpolitik

eben jener überführten aber leugnenden Verbrecher das Finanzjenseit herbeigeführt hat. Herr Helfferich hat während des Krieges durch schwindelhafte Staatsmanöver ordentliche Ausgaben auf den Anleiheetat geschoben und Einnahmebeiträge bis zum Zehnfachen des wirklichen Steuerertrages in den Etat hineingeschwindelt. Dann hat er die Freiheit gehabt, England zu hohnen, das alle ordentlichen Vermögensausgaben durch wirtschaftliche Einnahmen deckte und darüber hinaus noch 12,5 Proz. der eigentlichen Kriegsausgaben sofort hereinholte. Demgegenüber hat

Helfferich nur die große Dampfmaschine

in Gang gesetzt und angezündet, er werde den Gegnern beim Friedensschluß die Rechnung präsentieren und sie das „Bleigewicht der Milliarden“ durch die Jahrzehnte nachschleppen lassen. Nicht nur durch den falschen II-Boot-Trumpf, der nicht stach, sondern auch durch diese verlogene Finanzpolitik, die es den Bedrückten leicht machte, den Krieg wahnfinnig zu verlängern, hat Helfferich es den Feinden ermöglicht, das Bleigewicht der

Milliarden uns anzuhängen. Nach der grauenvollen Niederlage trat die Folge des verbrecherischen Vorgehens ein. Zehnter konnten die Einnahmequellen erschlossen werden, die man längst hätte erschließen müssen, damit sie sofort bei Kriegsende reichlich flossen. Helfferich hat dann seinen ganzen Haß auf den Mann konzentriert, der seine verderblichen Verfaßnisse nach Möglichkeit zu machen suchte. Ausgerechnet

der Hauptschuldige Helfferich

wurde der Hühnerhund, der den Banditen von Griesbach das Bild vor die Brownings getrieben hat. (Sehr wahr!) Würde noch ein Funken menschlichen Gewissens in der Brust dieses Menschen wach sein, dann würde er sich hüten, jemals wieder den Boden der deutschen Volksovertretung zu betreten. (Lebhaftes Zustimmung.)

Die kaum geschaffenen „Erbzuckersteuern“ haben die bürgerlichen Parteien alsbald abgebaut und unterhöhlt. Man hat sie berechnet auf 100 Proz. Kriegsvermögenszuwachssteuer, 25 Proz. Reichsnotopfer, 60 Proz. Einkommensteuer und 70 Proz. Erbschaftsteuer, aber man hat verschwiegen, daß diese Höchstätze nur selten und nur für Vermögenssteile erreicht werden. Die englische Erbschaftsteuer war vor dem Kriege zehnmal so hoch als die deutsche und wurde bei Kriegsbeginn sofort erhöht. Bei uns brachte erst 1920 die Hälfte des Ertrages der englischen Erbschaftsteuer. Außerdem wird die deutsche Erbschaftsteuer in einer Weise erhoben, daß gewaltige Rückstände entstehen. Bis 1925 wird die Erbschaftsteuer nur in Bruchteilen erhoben. Das Betriebsvermögen ist bei allen Besitzern weitgehend geschützt. Abschreibungsmöglichkeiten sind in weitestem Umfang gewährt. Die Reichsanleihe wird zum Nennwert von den Zeichnern angenommen. Selbst das Einkommensteuerscheu Frankreich bleibt nur wenig hinter unseren Besitzverhältnissen zurück, aber die bürgerliche Presse heulte über die „Zermalmung des großen Besitzes durch die Erbsteuer“, von der

die Luxusbäder, die Rennplätze, die Herrschaftshäuser und die Rittergüter

nichts zu erzählen wissen. (Wissendes Lachen.) Wohl aber zeigen die bleichwangigen Arbeiterkinder, die sorgenvollen proletarischen Hausmütter, die abgerissenen Kleider der Arbeiter, die erbärmliche Ausstattung ihrer Wohnungen die Folge der Teuerung und die tiefe Herabsetzung der Lebenshaltung bei denen, deren Einkommen ehrlich festgesetzt und von der Steuer erfasst wird. (Sehr wahr!)

Gibt es überhaupt noch einen Weg der Befundung? Oder sollen wir uns willenlos auf die Bahn Österreichs, Polens und Sowjetrußlands treiben lassen? Unsere Last ist grauenvoll. Möglicherweise schon 1922, wie Kennes annimmt, unsere Unfähigkeit zu ihrer Tragung herabgesetzt. Jedenfalls müssen wir ehrlich versuchen zu leisten, was in unseren Kräften steht. Nur so können wir auf eine Minderung unserer Lasten hoffen. Wer mit Helfferich es ablehnt, Wege zur Erfüllung zu zeigen, der

fehlt die Politik der Provokationen fort

und bewirkt, daß die feigegebliebenen Militaristen dem deutschen Volke die Daumenschrauben noch fester ziehen. Auch wenn die Lasten wesentlich gemildert werden, was wir hoffen und erstreben, können wir um die Schaffung großer Einnahmen des Reiches nicht herum. Sonst erliegen wir der Notensut, die schlimmer wirkt als die schlimmste Umsatzsteuer und der Markflur, der gleichfalls wie eine richtige Verbrauchssteuer wirkt. Die Sanierung kann nicht durch Steuern der bisherigen Art erreicht werden, auch nicht durch die Steuerpläne des Reichsfinanzministeriums. Die Papiergeldempfänger sind schon zu schwer belastet, die

Besitzer der realen Werte unerträglich begünstigt,

wie die phantastischen Verkaufspreise der landwirtschaftlichen Güter zeigen. Die einseitige Steuererleichterung vermehrt die Teuerung, zwingt zu neuen Lohnforderungen, erhöht den Einnahmebedarf der öffentlichen Körperschaften, vermehrt dadurch die öffentlichen Schuld und den Notenumlauf. Sie entwertet immer weiter die Mark und gibt damit den Antriebs zu neuer Teuerung. Wenn wir ernsthaft die Rettung wollen, dürfen wir

diese Steuerpolitik nicht fortsetzen.

Natürlich werden wir auch indirekte Steuern schaffen müssen, nicht bloß wegen der Koalition, sondern auch wegen der Riesengröße der Aufgaben an sich. Aber leider hat die Reichsfinanzverwaltung veräußert, rechtzeitig Vorschläge zur erhöhten Besteuerung

Der Schulaufbau einst und jetzt. Die Veröffentlichung des Schulaufbaues: „Der Ring des Polarkrates“ gibt einem Leser Anlaß zu mancherlei Betrachtungen. Er findet die Art, wie der Unterlehrer den Gegenstand dramatisch darstellt und dabei den wirklichen Moment erfasst, höchst originell. Besonders erfreulich aber erscheint es ihm, daß der freimütige Schüler einen so vorurteilslosen Lehrer gefunden hat, der mit psychologischem Verständnis darauf einging und die Öffentlichkeit an seinem eigenen Gelingen teilnehmen ließ.

Wie ganz anders war es früher! Der Einsender erzählt aus seiner Schulzeit: „Auch ich hatte einen Aufsatz über „Die Bürgerschaft“ zu schreiben. Die fittliche Tat der Freundestreue hatte den tiefsten Eindruck auf mich gemacht. Ich schrieb eine Szene, in der das Ideal der Treue, aufs empfindlichste angetastet, sich herrlich bewährt. Der Tyrann erscheint im Kerker des bürgerlichen Freundes, verhöhnt den Glaubensstarken, der nicht wankend werden will, trotzdem „Stunde an Stunde entrinnet“. Ich schrieb diesen Dialog, dieses Ringen des Gefesselten, Verzweifeln mit dem Freien, Gewalttätigen. Alle meine Liebe für den Freund, all meinen Haß gegen den Bösewicht, den Quäler und Unterdrücker, legte ich in diese Szene. Und ich gab sie ab, anstatt des Auftrages — getrost und ahnungslos.

Aber was geschah? Noch heute befallt mich die Scham, wenn ich mir's zurucksehe. Eine Demütigung, ja Verhöhnung bereitete mir der deutsche Lehrer, so roh, verständnislos und grausam, wie sie nur je jener Tyrann dem Gefangenen bereitet. Bis zum Schluß der Besprechungen hatte der Lehrer meinen Aufsatz aufgespart, nun las er meine Szene, langsam, Wort für Wort, den johlenden Mitschülern vor. Ich sah da, stumm, verzweifelt. Ich hatte das Empfinden unendlicher Kränkung durch einen Menschen, der mich nicht verstehen wollte oder konnte, da er ein unkünstlerischer, nüchternen Philister war.

Bis heute, fast ein Menschenleben, schmerzte die Kränkung, die einst dem Knaben geschah. Aber von dem Tage ab, wo mir „Der Ring des Polarkrates“ die freudige Gewissheit gab: Ich, die heutige Jugend hat es besser als einstens wir — ist sie nicht nur vergessen, sondern auch vergeben.“

Die stärkste Stromleitung der Welt. Ein Rekord ist von den Ingenieuren der Elektrizitätsgesellschaft in Pittsfield, Massachusetts, aufgestellt worden, indem sie einen elektrischen Strom von einer Million Volt übermittelten. Durch diese Leistung, die als Höhepunkt einer mehr als 30jährigen Versuchsbearbeitung geschätzt wird, wird es möglich sein, elektrische Kraft über eine Entfernung von 1000 englischen Meilen hin zu leiten.

Die Übermittlung eines solchen Stromes von einer Million Volt soll eine große praktische Bedeutung haben; doch wird man Ströme von einer so ungeheuren Kraft sehr hoch über dem Erdboden hinführen müssen, um Unglücksfälle zu verhindern, denn eine Person, die näher als 15 Fuß in den Bereich des Stromes kommt, wird der Gefahr der Lötung ausgesetzt.

Ein „medizinisches Defizit“ für Kergie eröffnet am 1. Oktober die Buchhandlung Paul Banmann, Charlottenburg, Wilhelmsdorfer Str. 66-67.

„Nun ist jedenfalls ein schweriges Hindernis für die Bildung der sogenannten „großen Koalition“ gefallen. Der Block der Mitte von Stresemann bis Scheidemann könnte vielleicht schon in nächster Zeit Tatzsache werden. Er würde aller Wahrscheinlichkeit nach auch geeignet sein, die parlamentarischen Reibungsflächen abzugleichen und der Regierung eine größere Stetigkeit zu verleihen. Freilich sind zu seiner Bildung Voraussetzungen zu erfüllen, über die noch zu reden sein wird.

Die „Vossische Zeitung“ betont, daß „irgendeine großzügige Rede“ gegen den Koalitionsbeschluss überhaupt nicht gehalten worden sei. Der Gedanke der Verständigung mit der großen Arbeitgeberpartei sei eben zu gesund und zu natürlich, „als daß Politiker von einiger Erfahrung und einigem Ueberblick über die derzeitigen Bedürfnisse des Volksganzen seine Wichtigkeit und Wichtigkeit verkennen könnten“. Zum Schluss wird betont, und das zeigt die Schwierigkeiten der Koalitionsbildung:

Nach ist die Stellung des Parteitages zu den Steuerfragen nicht festgelegt, und von ihr hängt natürlich viel für das Zustandekommen der Koalition ab. Aber es ist nicht anzunehmen, daß sie der Volkspartei das Zusammenarbeiten unmöglich machen wird. Die Sozialdemokratie wird natürlich nicht eine Politik treiben, bei der die rechte Hand nicht weiß, was die linke tut.

In einem etwas anderen Ton sind die in nachfolgendem wiedergegebenen Aufschauungen des „Berliner Tageblattes“ gehalten:

Die Deutsche Volkspartei wird jetzt zu erweisen haben, ob sie sich von wirklich staatsmännischen Gedanken leiten lassen will, oder ob sie rein parteipolitische und parteitaktische Momente über das Gesamtinteresse der Nation stellt, das, bringender als je, eine stabile Regierung auf breiter parlamentarischer Grundlage heischt, um endlich zu einer Innen- und Außenpolitik auf lange Sicht zu kommen. Der sozialdemokratische Parteivorstand und die Delegierten des Parteitages sind sich sicherlich nicht im unklaren darüber, daß für sie nun erst die schwierigste Aufgabe beginnt: die Massen in Stadt und Land aufzuklären und für diese Ausgleichspolitik auch innerlich zu gewinnen. Das wird harte Auseinandersetzungen geben. Die SPD. ist ohne Zweifel vor eine schwere Belastungsprobe gestellt. Wenn sie trotzdem den entscheidenden Schritt getan hat, kann ihr diese kluge Zurückstellung der Parteistellung vor der vaterländischen Forderung der Stunde nicht hoch genug angerechnet werden.

Und nun die „Freiheit“:

Sie betont, daß sich gegen die sozialdemokratischen Mindestforderungen nichts einwenden lasse. Ihre Durchführung sei notwendig. Der Reichskanzler habe sich für ein Programm ähnlicher Art verpflichtet. Nach diesen Feststellungen läßt sich die „Freiheit“ durch ihre Liebe zu vollen Worten und vertrauten Gedankenbildern dazu verführen, das folgende zu schreiben: „Durch taktische Kombinationen läßt sich in Deutschland heute die Republik nicht sichern, der Kampf muß ausgekämpft werden.“ Wo sollen wir den Kampf nun kämpfen, wenn wir ihn nicht durch taktische Kombinationen in die Regierung als dem wichtigsten Mittel dazu, hineintragen?

Die „Freiheit“ schreibt:

In der augenblicklichen politischen Situation wäre alles darauf angekommen, den ganzen Druck der Arbeitermassen zur Geltung zu bringen, um die notwendigen politischen Forderungen durchzusetzen. Die Position war stark, eine Regierung gegen die Einheitsfront der Arbeiterschaft nicht möglich, weil auch das Zentrum einen solchen Kampf, in dessen Mittelpunkt die Sicherung der Republik und die Steuerfragen standen, nicht wanken konnte. Der Beschluß von Göring bedeutet die Schwächung dieser Position.

Es muß ausgesprochen werden, daß die Auffassung der „Freiheit“ manches für sich hätte, wenn sie für die — USP. selbst zuträfe. Hier liegt der Bruchpunkt aller Argumentationen der „Freiheit“. Sie ist mit uns der Meinung darin, daß reden allein nicht hilft, es muß gekämpft werden. Aber wie das geschehen soll, wenn sie selbst sich nicht in die Linksfront eingliedert, das sagt sie uns nicht.

## Ein wissenschaftliches Monsterprojekt.

Auf der Versammlung englischer Bibliothekare, die kürzlich in Manchester stattgefunden hat, wurde auch über das Internationale Bibliographische Institut, das 1895 in Brüssel begründet wurde, Bericht erstattet. Nach den Darlegungen des Redners hat sich das Unternehmen ein gewaltiges Ziel gesetzt, nämlich die Gründung einer internationalen Universität. Zu den Vorarbeiten, die diesem Endziel entgegenzuführen sollen, gehören die Anlage einer internationalen Bibliographie, einer internationalen Enzyklopädie und einer internationalen Bibliothek.

Die erste besteht aus einem großen Personen- und Sachkatalog in Kartothekform, dessen Anlage auf dem System von Melio Dewey beruht. Er ist in einem 24 Meter langen Raum untergebracht, der vier Reihen von Regalen zur Aufnahme der Kartotheken enthält. Zwei von den Regalreihen enthalten den Personen-, die beiden anderen den Sachkatalog. Im ganzen handelt es sich dabei um zwölf Millionen Karten. Die Begründer des Unternehmens wollten, daß der Katalog alle Bücher und Schriftwerke aus allen Zeiten umfasse; aber sie sind noch weit von ihrem Ziel entfernt; denn die Zahl der Bücher, die bis zu der Periode gewaltiger Entwicklung, die das Buchwesen in der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts genommen hat, erschienen sind, beträgt nicht weniger als vierzig Millionen!

Der Grundgedanke der internationalen Enzyklopädie war der, ein großes Repertorium des gegenwärtigen menschlichen Wissens zu schaffen, das immer aus dem Stand seiner jeweiligen Entwicklung zu halten wäre. Es handelt sich also um eine große Sammlung von sorgfältig registrierten wissenschaftlichen Nachrichten in Zeitungsauschnitten, Broschüren, Zeitschriften und dergleichen, deren Zusammenstellung nirgend hinter dem Fortschreiten der Wissenschaft zurückbleiben darf. Dadurch soll der Nachteil der Enzyklopädien in Buchform vermieden werden, die meist schon am Tage ihres Erscheinens in vielen Punkten veraltet sind.

Als dritte große Unternehmung schließt sich die internationale Bibliothek an. Hier sehen die Gründer allerdings von vornherein die Unmöglichkeit ein, wirkliche Vollständigkeit zu erreichen, und sie begnügen sich daher, die Buchproduktion aller Länder während des 20. Jahrhunderts in ihren charakteristischsten Vertretern zu sammeln. Dabei soll zugleich auf eine internationale Uebereinstimmung in den Methoden der Katalogisierung und der Buchgestaltung hingewirkt werden.

Vor allem das bibliographische Institut ist als die Keimzelle der neuplantierten „Weltuniversität“ gedacht. Bis jetzt sind zu deren Verwirklichung allerdings nur wenige Schritte getan worden; es haben nur Sommerkurse stattgefunden, die im vergangenen Jahre nicht mehr als 200, in diesem Jahre 400 Studenten angezogen haben.

In der Diskussion wurde das Verdienstliche dieser Unternehmungen anerkannt und vor allem rühmend hervorgehoben, daß die Regierung eines so kleinen Staates wie Belgien für ein solches Institut außerordentliche Opfer gebracht habe und nur durch ihre Subventionen

nen sein Bestehen ermöglichen. Auf der anderen Seite wurde aber auch vor einem Spielen mit dem Gedanken der Internationalität gewarnt, indem darauf hingewiesen wurde, daß solche Unternehmungen, wenn sie nicht an einem der großen Mittelpunkte der Welt und mit unerschöpflichen Mitteln in Angriff genommen würden, notwendig dazu verurteilt seien, Stülckwerk zu bleiben.

Jiddisches Theater. Die jiddische Bühne in der Kommandantenstraße nennt sich zwar „Jüdisches Künstlertheater“, sie hat aber wenig mit russischer oder deutscher Bühnenkunst zu tun. Die Schauspieler geben ein Stück Lebendigkeit, das aus echter Komödiantenart kommt. Effekt ist alles, Raffinesse ist der Schauer. Die Schatzkammer und auch die Rumpelkammer des Naturalismus werden ausgeräumt. „Rezepte“ heißt das jüngste Stück, das von der Sünde handelt, die Väter gegen Söhne und Söhne dann mörderisch gegen die Väter begehen. Der Vater war reich, aber ein Trinker und Spitzhube. Er verlor das erste Eheweib, das lieb und laubert ist, um eine dicke Schlampe zu nehmen. So werden die beiden Kinder geboren. Das jarte Lächeln geht zur feinen Mutter. Der Junge muß beim verstorbenen Vater bleiben. Es wird aus ihm ein Abbe, der dreißig aussieht und einen Kadus mit sich verbringt. Aber er liebt das lockere, üppige Stiefschwesterchen, ein rundliches Luder, das zu einem fieschen Schlächtergehilfen allein Reizung zeigt. Der Abbecker heißt Mendel. Die rechte Mutter die Stiefmutter, die rechte Schwester die leichtsinnige Stiefschwester gar, keiner versteht ihn. Statt selber einen Strich zu nehmen, erwürgt der Berzweifelte den sternhagelvollbesessenen Vater, den Bierdieb. — Material, national merkwürdig sind die Schauspieler. Alexander Asro trägt die tiefen Leidenszüge eines jüdischen Jünglings. Chaim Schneier, Frieda Blumenthal, Reiss Bierbaum, Herz Grobbart und Anna Schermann führen die jiddische Volksbühne, die das große ostjüdische Leid vor die Augen zersprenget Landsleute und mitfühlender Reiziger bringt.

Ein Brief Bodes. Der Leiter der Berliner Museumsbauten, Ludwig Hoffmann, sendet den Scherl- und Wisse-Blättern (die Adresse des „Vorwärts“) scheint dem Herrn Geheimrat nicht bekannt zu sein) eine umfangreiche Erklärung zu den Angriffen Scherlers. Sie bringt im wesentlichen nichts Neues, enthält aber folgenden Brief, den Scherlers Gewährungsmann, der frühere Generaldirektor und Vorsitzende der Baukommission, Wilhelm Bode am 26. Juni 1912 an Hoffmann gerichtet hat:

„Berechtigter Herr Geheimrat! Heute sah ich die neue Fassadenprobe zur Entlastung, die heute sagten mir, daß sie erst gestern mit dem Zuerst fertig geworden seien. Ich glaube, das ist das Ei des Kolumbus! Gewiß hätte Meissel selbst auch diese klassische Durchbildung des Giebelgesimses schließlich angewandt. Ich glaube nicht, daß die mächtige Wirkung des Giebelgesimses dadurch beeinträchtigt wird, im Gegenteil, sie wird dadurch gehoben!“

Bodes Stellung im Berliner „Museumsrat“ wird durch diesen Brief noch problematischer und es erscheint dringend notwendig, daß er jetzt selber das Wort ergreift und unumwunden Farbe bekann.



zung zu machen. Noch immer fehlt die langst notwendige Steuer auf den verschwenderischen Luxusauswand, die sowohl finanzpolitisch wie moralisch notwendig ist. Wir werden mit allem Nachdruck dafür eintreten, daß jedem das Notwendige belassen wird, ehe er das Vielfache davon verbraucht. Die Borsensteuer mußte längst viel mehr angesetzt sein. Die laute Rationallisten schneiden ihre Riemen aus einer grenzenlosen Spekulation, dem Salutaer und der Devisennot, und kein Helffer kämpft gegen dieses unproduktive Schmarokertum am Markte der deutschen Wirtschaft. Die leitenden Finanzmänner scheuen vor entscheidenden Schritten zurück aus Angst vor den Interessanten im bürgerlichen Lager. Notwendig ist ferner eine Streichung der Abgabeverpflichtungen auf die Erbschaftsteuer. Notwendig ist ferner eine wirksame Ausfuhrabgabe. Die bisher niedrigen Sätze sind wirtschaftspolitisch unmöglich. (Sehr wahr!) Die Exportindustrie, die aus unserem Währungssektor anormale Gewinne zieht, kann die volle Ausfuhrabgabe selbst tragen. 45 Proz. der Einfuhr bestehen noch heute aus entbehrlichen Waren, Spirituosen, Weinen usw. Eine aktive Handelsbilanz kann nicht allein durch Steigerung der Produktion, sie muß gleichzeitig durch

#### Befreiung der Einfuhr

erleichtert werden. Solche Steuern sind viel brauchbarer als eine exorbitante Erhöhung der Verbrauchssteuern, zu der wir uns auch von der Entente nicht stillschweigend zwingen lassen können. Statt dessen hat auf der Brüsseler Konferenz die deutsche Regierung durch falsche Vergleichszahlen über die indirekte Steuerbefreiung die Entente geradezu animiert, höhere Verbrauchssteuern von Deutschland zu fordern. (Hört, hört!) So hat man bei der Gegenüberstellung vergessen, daß England keine generelle Verbrauchssteuer, wie die Umsatzsteuer und die Kohlensteuer hat.

Vor allem aber kommen wir aus dem Finanzsektor nicht heraus, wenn die Sachwerte nicht zu ihrem vollen richtigen Goldwert zur Steuer herangezogen werden. Wir können die Verbrauchssteuer noch so sehr erhöhen, es wird nicht reichen. Wir kommen um den

#### Zugriff auf einen Teil der Vermögensabflüsse

nicht herum. Das braucht nicht zu geschehen auf dem Wege der Freiwilligkeit oder des Selbsten, sondern dem Reich muß das gesetzliche Verfügungsrecht über diese Vermögenswerte eingeräumt werden. (Sehr richtig!) In welcher Form das zu geschehen hat, kann heute noch nicht endgültig entschieden werden; aber wenn die deutsche Industrie und die deutschen Banken dem Reich jetzt ein so generöses Angebot machen, so liegt darin zunächst einmal das Zugeständnis, daß sie

#### mehr, viel mehr leisten können

als sie bisher ausgeben haben. (Sehr richtig!) Und wenn Industrie und Banken fordern, daß diese freiwilligen Zugeständnisse auf spätere Steuern angerechnet werden, so sagen wir, daß das deutsche Volk vom Reich ein gesetzlich festgelegtes Opfer und nicht einen freiwilligen Vorstoß verlangt. (Geheißte Zustimmung.) Diesen Standpunkt werden wir im Reichstage mit aller Schärfe vertreten. Nun wendet man ein, daß das unter Umständen eine Verschleuderung deutscher Vermögenswerte an das Ausland bedeuten würde, denn äußerstenfalls müßten die dem Reich zur Verfügung gestellten Werte verpfändet werden können. Darauf ist zu erwidern, daß diese Verpfändung deutscher Vermögenswerte seit Jahr und Tag

#### in unbegrenztem Maße wild, regellos und unkontrolliert

vor sich geht und in noch schlimmeren Maße weiter vor sich gehen würde, wenn die Wert im Werte weiter sinkt. Wir wollen, daß auch eine etwaige Verpfändung deutscher Vermögenswerte in geordneten Bahnen erfolgt und der Kontrolle und dem Gesetz unterworfen wird. Wenn weiter gesagt wird, daß das deutsche Wirtschaftsleben einen solchen Eingriff nicht ertragen könnte, so antworten wir, daß nach all den üblen Erfahrungen der Besitz nur zu gern geneigt ist, seine Sonderinteressen, das Streben nach einem luxuriösen Wohlleben mit den Interessen des allgemeinen Wirtschaftslebens zu verwechseln. Die allgemeinen Wirtschaftsinteressen aber sind die Interessen der deutschen Arbeiterklasse. Die deutsche Arbeiterklasse wird den Akt nicht ablehnen, auf dem sie steht und wird das deutsche Wirtschaftsleben nicht zerrüttern. Wenn zur Erhaltung eines selbständigen deutschen Staatswesens und der Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft ein Eingriff in die großen Privatbesitze nötig ist, so werden aber die Arbeiter davon um so weniger haltmachen, als schließlich diese Privatbesitze ihrer Arbeit entstammen. Die Erfassung der Sachwerte wird in dem Maße notwendig, in dem die Wertaufkunft, denn in dem gleichen Maße steigt der Wert dieses Besitzes. Die Landwirtschaft hat schon ungeheure Gewinne aus der Aufhebung der Zwangswirtschaft gezogen, und dieser Gewinn vermehrt sich, wenn durch Annäherung der Inflation an den Weltmarktpreis die Preise bei uns weiter steigen. Aus allen diesen Gründen wird das Reich auf eine feinen Bedürfnissen genügende Inanspruchnahme der Sachvermögen nicht verzichten. Uns kommt es auch hier darauf an, die Arbeitskraft der deutschen Arbeiter zu schonen und zu schützen, denn diese Arbeitskraft ist das unentbehrlichste Produktionsmittel. Weil wir das deutsche Wirtschaftsleben stark erhalten wollen, darum kämpfen wir für den

#### Schutz der menschlichen Arbeitskraft

Wir fordern weiter eine möglichst beschleunigte Durchführung der Besitzsteuern, eine weitere Mitwirkung der Arbeiterklasse bei der Steueranordnung und wir wehren uns gegen jede Rückwärtsbewegung der Reichsabgabenordnung dahin, daß das volle Bank- und Spartasengheimnis wieder hergestellt wird.

Wir stehen vor schweren Kämpfen, die möglicherweise unser ganzes politisches Leben erschüttern können. In erster Linie hat die Reichstagsfraktion diese Kämpfe zu führen, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß eines Tages die ganze Arbeiterklasse zum Kampfe antreten muß. Für diesen Fall gilt es, bereit und gerüstet zu sein. Die Frage wird dann so lauten: Soll der Besitz dem deutschen Vaterland endlich die Opfer bringen, die ihm seine Wortführer so oft in patriotischen Phrasen schon während des Krieges angeboten haben, oder soll die Arbeiterklasse völlig verblutet? Wir werden Kämpfe, die unser staatliches und Wirtschaftsleben erschüttern können, nicht mutwillig herausbeschwören, aber wir werden ihnen auch nicht aus dem Wege gehen, wenn sie notwendig werden sollten. (Stürmischer Beifall.)

Darauf nimmt Genosse Professor Radbruch das Wort zu seinem Referat über die Justiz.

#### Bürgerblock in Lübeck.

Lübeck, 21. September. (Eigener Drahtbericht des „Vormärks“.) Heute haben die bürgerlichen Parteien beschlossen, bei den Bürgerstagswahlen einen einheitlichen Block gegen die Sozialdemokratie zu bilden.

#### Der Kappist darf nicht reden!

Hannover, 21. September. (D.M.) Es hatte sich in Hannover das Gerücht verbreitet, daß General von Lettow-Vorbeck hierherkommen und in der Stadthalle sprechen werde. Von linksradikaler Seite zogen deshalb große Scharen vor die Stadthalle, um die ihrer Ansicht nach geplante Versammlung zu stören. General von Lettow-Vorbeck war aber nicht erschienen, er wird, wie der „Nationalverband deutscher Offiziere“ mitteilt, zu anderer Zeit (?) kommen. Die Schupo sah sich zuletzt genötigt, die Menge auseinanderzutreiben und Verhaftungen vorzunehmen.

## Groß-Berlin

### Das belastete Haupt.

Das Tragen von Lasten auf dem Kopf, das H. Mössinger-Berlin als neue Sportübung empfiehlt, kommt, so scheint es, vornehmlich für die Kreise in Betracht, die den reinen Kampfsport (Rekord) sport abnehmen und den Sport als Erholung betrachten. Ohne selbst Stellung zu nehmen, ohne ein Werturteil abzugeben, soll hier nur von Mössingers Gründen und Vorschlägen geschrieben werden, weil sie die Zukunft doch in den Streich der Reklamen stellen wird. In Reiseberichten werden oft Bewohner, namentlich Frauen, dieser oder jener Gegend erwähnt, die gewohnt sind, Lasten auf dem Kopfe zu tragen. Diese Frauen fallen auf durch ihre schlanke Gestalt und ihre stolze aufrechte Haltung. In Süd-Deutschland kann man z. B. auch diese Wahrnehmung machen. Genau so, wie man in den Weinbergsgenden den lätigen Landmann, aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen, die Lasten auf dem Kopf tragen sieht. Jedes Tragen eines Gegenstandes von einigem Umfang oder Gewicht in irgendeiner Haltung, in der herabhängenden Hand, auf dem Arm, dem Rücken oder der Schulter, in umgehängter Tasche usw., nützt den Träger, den Körper nach entgegengesetzter Richtung zu verbiegen, was zu dauernder Verkrümmung führen kann. Beim Tragen auf dem Kopfe ist der Träger zu einer natürlichen, aufrechten Körperhaltung gezwungen, beim Ausgleichen arbeitet der ganze Körper mit, insbesondere werden die sonst wenig in Anspruch genommenen Teile von der Hüfte aufwärts, die Muskeln an Hals und Kopf, dauernd zu jeder Arbeit herangezogen. Die Haltung des ganzen Körpers wird beherrscht, beim elastischen Spiel aller Körperteile. Die Einführung solchen Tragens als neuer Sportzweig ist mit keinen nennenswerten Kosten verknüpft und bietet wenig oder gar keine Schwierigkeiten. Seiner Leichtigkeit wegen müßte er sich besonders für Frauen und Kinder eignen. Die einfachste Form ist das Auflegen eines mit Sand oder ähnlichem Stoff locker gefüllten Sackes in mäßigem Gewicht wagrecht auf den Kopf, so daß die Enden beiderseits etwas herabhängen. Solche Gegenstände getragen werden, deren Unterstüßungsfläche sich der Kopfform nicht anpaßt, so ist ein lockeres Zwischenpolster erforderlich. Ist der zu tragende Gegenstand schwer ins Gleichgewicht zu bringen, wie ein offenes Gefäß mit Wasser, so ist die Last durch einen Arm dauernd zu halten. In Frankreich ist man bereits dazu übergegangen, Kinder diese Kopfübungen machen zu lassen.

Als durch die Versuchsanstalt für Leibesübungen diese neue Sportübung theoretisch und praktisch behandelt wurde, erklärte Dr. Muskat, ein Facharzt für Orthopädie, diese Kopfübungen für nütz- und heilbringend. In der Praxis habe er Kindern, Kriegsverwundeten und Verletzten, die eine schlechte Haltung hatten, leichte Gummipiaten auf den Kopf legen und sie so Turnübungen machen lassen. Er warnte aber vor dem Tragen zu schwerer Gegenstände.

#### Stehst du in der Wählerliste?

Du nimmst es an, aber verlaß dich nicht darauf, wenn du dich nicht davon überzeugt hast. Du kannst bei den Stabsverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen am 16. Oktober nicht mitwählen, wenn du nicht richtig in der Wählerliste verzeichnet bist. Es ist leicht möglich, daß du bei der Listenzusammenstellung übersehen worden bist, auch wenn du schon lange deine jetzige Wohnung hast und bei früheren Wahlen immer in der Liste standest. Uns sind in diesen Tagen eine Reihe von Fällen bekannt geworden, in denen Wahlberechtigte bei der Listenprüfung zu ihrer Ueberraschung feststellten, daß sie in der Liste fehlten. Heute teilt uns z. B. ein Genosse mit, daß er als angeleglicher Diefeldweber (der er schon seit Jahren nicht mehr ist) aus der Liste weggelassen wurde. Selbstverständlich hat er sofortige Nachtragung beantragt. Darum

#### klame niemand, die Wählerlisten zu prüfen.

Sie liegen an den bekanntgegebenen Stellen nur noch am Mittwoch und Donnerstag, vormittags 12 Uhr bis abends 7 Uhr, aus.

#### Zarte Frauenarbeit.

##### Handarbeitsausstellung bei Tieh.

Das Warenhaus Tieh hat in seinen Räumen, Leipziger Straße, eine reichhaltige, unentgeltliche Ausstellung veranstaltet, es bringt Arbeiten aus den eigenen Werkstätten, gemeinsame Arbeiten aus den Ateliers mehr oder weniger bekannter Künstlerinnen. Die einzelnen Stände zeigen verschiedene Gruppen von Handarbeiten in den verschiedensten Techniken, man sieht indessen auch Baiken von Ratsch Schwerdisger und Gertrud Winter. Besonders hübsch sind die zierlichen Plättchen von Friedel Wornann-Steinthal, die auch sehr reizvolle Stickerien und Häfelachen sind. Eine neuartige Strickart hat Martha Elgish ausprobiert, sie arbeitet mit Wolle und Seide und stift und appliziert, und schließlich wirken ihre bunten Rissen und Decken sehr eigenartig und malerisch. Allerlei Kinderhäubchen und Röbchen, Täschen und andere Kleinigkeiten aus Bast und Wollblümchen zeigt Flora Walke, Grete Voel stellt ein einfaches Kinderkleid aus, auf einem Tisch leuchten sehr farbigere expressionistische Stickerien, Rissen mit Mustern aus der Ukraine, aus Schweden, Hessen, Kroatien, aus den Niederlanden, fallen durch ihren Farbenreichtum auf, aus einem Stand sieht man spanische Volks-trachten. Sehr viel Raum nehmen die Arbeiten russischer Heimarbeiterinnen ein, die nach Berlin geflüchtet sind, und hier eine kleine Organisation gegründet haben.

Auf der Ausstellung wird ferner für die „deutsche Handarbeit“ Propaganda gemacht, das ist eine Weißstickerie in Nischentechnik, die mit einer dafür konstruierten Tambourinadel hergestellt wird. Die Stickerie wird sehr attraktiv, geschmackvolle Entwürfe sehen in dieser Technik sehr gut aus, sie kommt besonders für Decken, Rissen, Bäuer und Teewärmer in Betracht.

#### Die Saison der Eisenbahndiebe.

Die Eisenbahndiebereien, die zum Teil an Raub grenzen, nehmen mit Beginn des Herbstes wieder erschreckend zu. Dem Reichstagsabgeordneten Grafen Westarp wurde auf der Reise von Berlin nach Regensburg, wahrscheinlich bei der Ankunft dort oder kurz vorher, ein Koffer mit wertvollem Inhalt gestohlen. — Auf dem Anhalter Bahnhof bückte eine Dame, die aus Frankfurt a. M. kam, einen kleinen, braunen, rotgefärbten, ledernen Handkoffer ein, der für 25.000 M. Wäsche, Kleidung und Schmuckstücke enthielt. — Ein Schlächtermeister Paul G. bestieg abends 10 Uhr 20 Minuten den Güterzug nach Steinitz. In dem Abteil zweiter Klasse saßen bereits vier Personen. Diese vertrieben ihn in ein Gespräch, und einer bot ihm eine Zigarre an, die er auch rauchte. Nach dem Genuß fiel er in einen tiefen Schlaf. In Angermünde, wo er umsteigen mußte, wachte ihn zwei neue Fahrgäste. Er mußte eilig aussteigen und merkte erst später, daß man ihm, während er schlief, die Brieftasche mit 40.000 M. gestohlen hatte. — Besonders scheuen es die Diebe auf die Sahniger D. 3.3 abgesehen zu haben, die Karl von Schweden benutzt werden. So wurde einem schwedischen Oberlandesgerichtsrat aus einem Abteil erster Klasse Mantel und Brieftasche gestohlen. Er merkte aber den Diebstahl noch so

zeitig, daß es gelang, den Dieb mit der Beute zu erwischen und festzunehmen. Er entpuppte sich als ein Koch Hermann Ernst. — Ein „politischer“ Eisenbahndieb wurde in dem Kaufmann Dagobert Kurzweg festgenommen. Er stahl auf dem Anhalter Bahnhof in dem Frühzug, der um 8 Uhr 50 Minuten nach München abfährt, einem Polizeihauptmann aus Stuhl in Westpreußen einen Koffer, kam jedoch an den Unrechten. Auf feischer Tat ergriffen, wollte er sich auf politische Gründe herausreden und erzählte, daß er erfahren habe, der Koffer des Hauptmanns enthalte Schriftstücke, die sich auf das Komplott zur Ermordung Erzbergers bezögen. Der Erkappte wurde jedoch bald als ein gewöhnlicher Eisenbahndieb entlarvt, der auf dem Leichter Bahnhof schon einmal festgenommen worden war.

#### Gegen das Ankleben von Wahlplakaten

wendet sich das Bezirksamt 10 in Zehlendorf in einer öffentlichen Bekanntmachung. Es heißt darin: Bei den letzten Wahlen hat die Verschmutzung von Gebäuden, Zäunen, Mauern, Plakaten und Telegraphenstangen durch Anbringen von Plakaten und Flugblättern einen solchen Umfang angenommen, daß hierdurch das Straßenbild erheblich verunstaltet wurde. Mauerwerk und Zäune wurden durch Leim und Drückerfärbung so verunreinigt, daß ihre Säuberung nur mit hohen Kosten möglich war. In Anbetracht der bedauerlichen Wahl machen wir darauf aufmerksam, daß die Anbringung von Plakaten, Flugblättern und Aufschriften ohne Genehmigung verboten ist, und daß Zuwiderhandlungen unmissverständlich zur Anzeige gebracht werden. — Auch in der Besprechung der Parteien im Polizeipräsidium wurde darauf hingewiesen, daß das widerrechtliche Kleben solcher Plakate geahndet werden soll.

#### Die deutsch-nationale Direktorin als Unschuldengel.

In Nr. 434 machten wir in einer Notiz „Sie hält fest an der Monarchie!“ die Mitteilung, daß aus der Charlottenburger städtischen Mädchen-Fortbildung- und Fachschule den Gemeindefunktionären Charlottenburgs ein mit der Schreibmaschine hergestelltes, den Unterschriftsstempel der Direktorin Frau Elise Deutsch aufweisendes, vom 22. August 1921 datiertes Rundschreiben zugegangen war, das im dritten Jahre der Republik nach von einem „Königreich Preußen“ sprach. Hierzu erhalten wir jetzt von der beim Bezirksamt Charlottenburg bestehenden Deputation für das städtische Fortbildungsschulwesen eine Zuschrift, die uns „zur Aufklärung“ mitteilt, bei Verwendung jenes Rundschreibens sei die Direktorin Frau Deutsch beurlaubt gewesen, das in jedem Halbjahr zu versendende Rundschreiben sei früher in einer für mehrere Halbjahre ausreichenden Menge vervielfältigt worden, von Ostern 1919 ab habe man das Wort „Königreich“ weggelassen, von dem im voraus überstempelten alten Formularen scheine noch ein Exemplar vorhanden gewesen zu sein, jetzt seien keine derartigen mehr auffindbar. Uns kommt zwar die Geschichte mit dem nach 2 1/2 Jahren verheerlich noch benutzten einen Exemplar des alten Formulars ein bißchen sonderbar vor, aber wir müssen es glauben, daß die Frau Direktorin diesmal nichts davon gemerkt hat. Gut ist nur für sie, daß die Mühe, uns diese „Aufklärung“ zu geben, ihr durch die Fortbildungsschuldeputation des Bezirksamts Charlottenburg abgenommen worden ist. Hätte sie selber geantwortet, so wäre es nicht zu umgehen gewesen, sich auch darüber zu äußern, ob sie tatsächlich noch an der Monarchie festhält. Frau Elise Deutsch, die von der Deutschnationalen Volkspartei im Jahre 1920 zur Stadtordeordneten von Berlin gemacht wurde und seit dem März 1921 als Vertreterin dieser Partei im Magistrat sitzt, wird ja wohl nicht in Abrede stellen wollen, daß sie die Wiederkehr der Monarchie ersehnt und erstrebt. Doch „deutsch-nationaler Geist“ durch die von ihr geleitete Anstalt weht, läßt sich aus folgenden Tatsachen schließen, die uns zu unserer Notiz „Sie hält fest an der Monarchie!“ aus Elternkreisen mitgeteilt werden. Im Unterrichtsraum der Anstalt hängen noch Bilder des früheren Kaisers Wilhelm II., der früheren Kaiserin Auguste Viktoria, der früheren Kronprinzessin Cecilie, innerer Hindenburgs und anderer Herrscher. Aus Anlaß der Beilegung der früheren Kaiserin wurden Schülerinnen, die nach Potsdam fahren wollten, beurlaubt. Ist die deutsch-nationale Direktorin Frau Deutsch auch an diesen Dingen unschuldig? Von der Charlottenburger Fortbildungsschuldeputation fordern wir jetzt, daß sie jene Bilder, die nur Mittel zur Propaganda für die Monarchie sind, hinauswirft.

#### N-Gespräche.

Nach der neuen Fernsprechordnung sind künftig neben den bereits bekannten X-P-Gesprächen (wo auf Verlangen des Anrufernden die Person, mit der das Gespräch geführt werden soll, zu einer öffentlichen Sprechstelle herbeigerufen wird) und den V-Gesprächen (Ferngesprächen mit Voranmeldung, bei denen der Name der Person, mit der ein Gespräch geführt werden soll, der anrufenden Teilnehmer-Sprechstelle im voraus übermittelt wird) auch sogenannte N-Gespräche zugelassen. Hierbei handelt es sich um Orts- und Ferngespräche mit Postagenten und mit Inhabern von Hilfsstellen oder den neu einzurichtenden gemeindlichen öffentlichen Sprechstellen, wenn ihr Inhalt in Form kurzer Nachrichten an andere Personen weitergegeben werden soll. Durch ein N-Gespräch kann auch die Weitergabe einer oder mehrerer Nachrichten an verschiedene Personen verlangt werden. Bei N-Gesprächen wird neben der bestimmungsmäßigen Gesprächsgebühr für die Weitergabe der Nachricht eine Gebühr von 2 M. erhoben. Sind Nachrichten an mehrere Personen weiterzugeben, so ist für jede weitere Person ein Zuschlag von 1 M. zu entrichten.

**Volkskulturbücherei im 17. Verwaltungsbezirk.** Aus der Ueberzeugung heraus, daß Kunstveranstaltungen zur geistigen und seelischen Erziehung und zur Unterhaltung der Jugend des Alltags für alle Bevölkerungsteile sehr mehr denn je notwendig sind, wird der Städtische Ausschuss für Kunst und Volksunterhaltung im 17. Bezirk (Lichtenberg) der Stadt Berlin, wie in den früheren Jahren, auch während des Winters 1921/1922 regelmäßig Volkskulturbücherei veranstalten. Auf diese Weise soll der Einwohner, besonders aber den Wintermonaten, die Möglichkeit gegeben werden, mitsich gute, echte Kunst zu mäßigen Eintrittspreisen zu genießen. Der Eintrittspreis beträgt 5 M. für den Einzelabend. Jedoch werden bis spätestens zum 30. September 1921 Abonnementskarten für je 8 Kulturbücherei zum Preise von 30 M. (statt 40 M. Kassapreis) ausgegeben. In Lichtenberg und in Friedrichsfelde. Karlsruh ist — abgesehen von den Sonderveranstaltungen — je eine Reihe mit 8 Abenden vorgesehen. Ausgabestellen für Abonnementskarten sind: In Lichtenberg: Städt. Schulabteilung, Rathausstr. 10, Barade 2 (Fernsprecher Lichtenberg 1287). In Friedrichsfelde: Papierhandlung Radack, Berliner Str. 27. In Karlsruh: Buchhandlung Gutenberg, Treptowallee 97. Ferner in den Amstellern in Friedrichsfelde, Biesdorf, Karlsruh, Mahlsdorf und Marzahn.

**Chemiekursus.** Anfang Oktober beginnt an der 7. städtischen Fortbildungsschule Choriner Str. 74 ein neuer chemischer Experimentalkurs für Anfänger. Mit dem Kursus sind monatliche Besichtigungen wichtiger industrieller Anlagen verbunden. Anmeldungen werden täglich im Unterrichtsausschuss angenommen, wobei eine Gebühr von 5 M. für das Winterhalbjahr erhoben wird.

**Das Problem der Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen** wird in einem Vortrag behandelt werden, den Rechtsanwalt Dr. Ringer in einer vom Rietebund Berlin-Steglitz veranstalteten öffentlichen Versammlung am Sonnabend, den 24. Sept. 1921, 8 Uhr, in der Aula der Oberschule (Glienestraße) halten wird. Die Führer der städtischen Ortsgruppen der politischen Parteien sind zu dieser Versammlung eingeladen.

#### Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kühler, trocken und kläglich, aber vorübergehend stärker bedeckt bei ziemlich lebhaften Winden.



# Gewerkschaftsbewegung

## Zum Streik in der Berliner Holzindustrie.

Die Scharfmacher in der Berliner Holzindustrie sind sich ihrer Befolgung nicht mehr sicher, es brennt an allen Ecken. Nicht nur die einzelnen Mitglieder der Arbeitgeberverbände lehnen den Herren den Rücken, sondern ganze Verbände beabsichtigen, sich von ihren Scharfmachern loszulösen. Der Obermeister Paeth wird es fertig bringen, daß er bald als Kampfhahn von seiner Truppe isoliert und ihm das Kampffeld allein überlassen wird. Als er mit großer Lustkraft in seinem Organ, der „Nachzeitung“, die Aussperrung zum 18. August in die Welt schrie, versprach er sich große Erfolge. Seiner Parole haben jedoch nur einige Arbeiter mit insgesamt 179 Arbeitern Folge geleistet. Nach diesem Flop suchte Herr Paeth nach Vergeltungsmaßnahmen. Es ist ihm auch nicht schwer gefallen, einige Scharf zu finden. In Nr. 33 der „Nachzeitung“ veröffentlicht er folgende Firmen, die wegen Nichtbefolgung der Beschlüsse ihrer Organisation ausgeschlossen sind, und zwar die Herren: Emil Franke, H. Kuste, G. Schröder und Wolf Hoch in Firma Hoch u. Kerner. Die Liste wäre wesentlich größer, wenn Herr Paeth sich an den Holzarbeiterverband gewandt hätte. Denn bis jetzt haben 540 Arbeiter die tarifvertraglichen Verpflichtungen unterschrieben, und die Zahl wächst ständig, so daß in den nächsten Tagen zu erwarten ist, daß der letzte Tischlermeister kapituliert. Fast die gesamten Arbeitgeber der Berliner Holzindustrie haben die Warnungsschreiben ihrer Führung erkannt und sind nicht weiter gekommen. Die blauen Nachschafften jener Drachzieher zu folgen. In guter Erinnerung ist ihnen noch die Zeit des Vorjahres, in der die Berliner Holzindustrie durch jene Politik fast zum Erliegen gekommen ist. Es besteht bei ihnen keine Lust, die jeweils in Berlin vorhandenen reichlichen Aufträge wieder nach der Provinz gehen zu lassen, denn die damalige öffentliche Sabotage hat einen großen Teil der Berliner Holzindustriellen auf den Hund gebracht. Die Berliner Holzarbeiter haben das damit verbundene Glend der Arbeitslosigkeit bitter empfunden und halten jetzt mit jenen Beuten eine scharfe Abrechnung.

Durch die Länge des Kampfes gedachte man die Holzarbeiter Berlins auf die Knie zu zwingen, aber hier wird man auf Grund beissen. Als Kampferprobe truppe haben die Holzarbeiter Berlins schon in früheren Jahren ihren Mann gestanden und nie war die Front der Streikenden gefestigter als jetzt.

Der Arbeitgeberverband hat diese Tatsache erkannt und zieht daraus seine Schlüsse, so daß selbst Paeth und seinem Anhang ein selbes Grinsen ankommt. „Einigkeit, festes Zusammenhalten, feierliche Bewilligungen, keine Einzelverhandlungen, Ruhe bewahren und uns nicht mit Anfragen überschütten“, so ermahnt der Führer der Arbeitgeber seine Schäflein.

Mit Erbitterung stellt Herr Paeth fest, daß seine Kollegen, die die Forderungen bewilligt haben, mit der den Arbeitnehmern ausgedehnten Berücksichtigungsfähigkeit vornehmen. „Sie stehen unter der Anschuldigung des Holzarbeiterverbandes“, schreibt er wütend. So sehen die Dinge nicht aus. Die Holzarbeiter haben ein wachsendes Auge auf ihre streikenden und arbeitenden Kollegen, und daß die Arbeitgeber, welche die Forderungen bewilligt haben, unter dem Schutz der Streikenden stehen, ist ein Erfolg des Scharfmachertricks, durch Stilllegung von Kraftzentralen, Sperrungen von Material und anderes mehr.

Wären die Scharfmacher nur so fortmachen. Die Holzarbeiter Berlins sind sich ihrer Aufgabe bewußt. Fast und entschlossen harren sie in diesem erbitterten Kampf aus bis zur vollen Anerkennung ihrer Forderungen.

Die arbeitenden Kollegen in der Holzindustrie sind zur vollen Solidarität bereit. Den Beweis dafür werden die morgigen Mitgliederversammlungen in den „Kammerhöfen“ und in der „Böhmer-Brauerei“ bringen.

Kein Opfer ist den Holzarbeitern Berlins groß genug, um dem Scharfmacherischen Treiben ein Ende zu bereiten.

## Ist das wahr?

Von der Gewerkschaftskommission wird uns geschrieben: Gegenüber umlaufenden Gerüchten, daß die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung aus den anfänglich des Todes des Genossen Süss veranfaßten Sammlungen zu Kränzchen, deren Ueberflüsse den Hinterbliebenen Süss zufließen sollten, Geldbeträge empfangen haben soll, wird hiermit festgestellt, daß für den vorkommenden Zweck keinerlei Gelder hier eingegangen sind. Es ist jedoch ermittelt, daß beispielsweise vom Betriebsrat der Erwerbslosenfürsorge am 24. April 1921 der Ueberflus aus den Kränzchen von 2235,50 M. an die Kommunistische Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale, Nr. 24, eingezahlt worden ist. Interessant ist nun, daß die Kommunistische Partei auf eine Anfrage abgefragt hat, am 24. April diesen Betrag empfangen zu haben. Zugegeben wurde jedoch, daß die KPD am 9. September 1921 von Rechtsanwalt Dr. Herzfeld eine Empfangsbefreiung über diesen Betrag erhalten hat.

Es drängt sich nun die Frage auf, wo sich der Betrag von 2235,50 M. vom 24. April bis zum 9. September befunden hat. Alle Betriebe, in denen seinerzeit Beiträge für die Kränzchen gesammelt wurden und die Ueberflüsse an die KPD gefandt haben, werden in ihrem Interesse und im Interesse der Hinterbliebenen Süss gut tun, bei der KPD anzufragen und festzustellen, ob die Gelder eingegangen sind und welche Verwendung sie gefunden haben. Bis jetzt ist jedenfalls aus den Sammlungen der Hinterbliebenen Süss, sonst uns bekannt geworden ist, nichts zugute gekommen, was zweifellos kaum dem Willen der Spender entsprechen wird.

## Die Internationalen Berufssekretariate.

Die Mitgliederzahl der Internationalen Berufssekretariate, die den Standpunkt des Internationalen Gewerkschaftsbundes vertreten, war im Jahre 1921 die folgende:

Metallarbeiter 4 600 000, Transportarbeiter 2 713 403, Bergarbeiter 2 614 215, Fabrikarbeiter 2 409 300, Landarbeiter 2 097 033, Textilarbeiter 1 604 000, Privatangehörige 843 000, Bauarbeiter 804 104, Holzarbeiter 800 000, Schneider 590 000, Post-, Telegraphen- und Telefonangestellte 523 250, Oeffentliche Bedienstete 478 142, Lederarbeiter 343 507, Lebens- und Genussmittel 306 300, Buchbinder 261 208, Kaffeehaus- und Hotelangestellte 245 950, Steinarbeiter 162 050, Buchdrucker 160 000, Tabakarbeiter 152 800, Glasarbeiter 147 500, Zimmerer 92 402, Räder 83 333, Gutmacher 48 859, Lithographen 40 698, Diamantarbeiter 21 500, Friseurangestellten 18 500, Kürschner 14 588, Töpfer 12 196, insgesamt 22 182 918 Mitglieder.

Bei den Lederarbeitern handelt es sich um die Gesamtzahl der bei den kurzum bestehenden Berufssekretariate der Schuh- und Lederarbeiter, Gerber- und Sattlerarbeiter und Sattler, die auf ihrem Kongress in Wien am 9. August dieses Jahres beschlossen haben, eine gemeinsame Internationale zu gründen.

Die Zahl der Töpfer bezieht sich nur auf einige Länder, nämlich Deutschland, Dänemark und Schweden. Ueber die Mitgliederzahl in anderen Ländern können noch keine Angaben gemacht werden.

## Trinkgeldgarantie?

In einem Auschnitt sucht die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeberverbände im Gastgewerbe den Eindruck zu erwecken, als wolle sie dem Bedienungspersonal künftig Garantieföhne von 350 bis 400 M. und dann ein Bedienungsgeld von 10 Proz. des Jekensbeitrages gewähren, das sich der Kellner vom Gaste einzubringen soll. Wie der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafégangestellten aber aus den Tarifverträgen und Verhandlungsprotokollen nachweist, lehnen die Unternehmer für die Zukunft jede feste Entlohnung ab und wollen den Kellnern nur Trinkgeldeinnahmen in Höhe von 233 bis 349 M. wöchentlich garantieren. Es handelt sich also nicht um eine Lohn-, sondern um eine Trinkgeldgarantie. Es gewinnt nach diesen Ausführungen allerdings den Anschein, als ob dem Publikum eine neue Verabredung von 10 Proz. aufgesetzt wird, während die Wirte und Hotelbesitzer ihren Ausnabensatz um die bisher gezahlten Föhne vermindern. Dazu werden sie sich baldigst zurechtfinden müssen.

## Zentralverband der Angestellten.

Ueber die geschäftliche Tätigkeit der Ortsverwaltung Berlin in der ersten Hälfte des laufenden Jahres wurde in einer Delegiertenversammlung am Dienstag in den „Sophienhöfen“ Bericht erstattet. Aus den Ausführungen des Referenten Hugo Cohn erhellt, daß die Organisation in der Berichtszeit eine sehr umfangreiche Tätigkeit entwickelt und hierdurch wesentliche Erfolge errungen hat. Es wurden insgesamt 765 Versammlungen und Sitzungen abgehalten, die von rund 83 000 Personen besucht worden sind. Mehr als 19 000 Kollegen konnten Auskunft über einschlägige gewerbliche oder Organisationsfragen erteilt werden. Ein lang geheimer Wunsch ging durch die Schaffung eines Kartells für die Bekleidungsindustrie in Erfüllung. Die Erfolge bei den Wahlen zum Kaufmannsgericht werden sich für die Kolonnenpolitik vorteilhaft auswirken. 212 Lohnbewegungen haben stattgefunden, und zweimal mußte zur Erreichung der berechtigten Forderungen der Streik angewendet werden.

Der Kassenbericht schließt in Einnahme und Ausgabe mit 3 823 460 M. ab.

Nach einer längeren Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der die Versammlung ihr Bestreben über die Stellungnahme des Reichsrates des ADGB, im sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates zu dem Entwurf für eine neue Schlichtungsordnung ausdrückt. Sie erwartet, daß sich Bundesvorstand und Ausschuss des ADGB nicht mit dieser Stellungnahme ihres Vertreters einverstanden erklären werden. In dem vorliegenden Entwurf einer Schlichtungsordnung wird das Streikrecht in Frage gestellt. Die Versammlung begrüßt daher den Artikel im „Berliner Anzeiger“ vom 24. August, der Stellung gegen den Schlichtungsentwurf nimmt.

Alsdann fand nach der Wahl der Revisoren statt, worauf die Versammlung vertagt wurde.

Lügen der Kommunisten. Das Berliner „Mitteilungsblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands“ bringt in seiner Nummer vom Freitag, den 16. September, einen Bericht von einer Versammlung der Angestellten der Fachgruppe Papier des Zentralverbandes der Angestellten und behandelt in diesem Bericht hauptsächlich die Aussprache über einen etwaigen Hausarrest der Firma Rudolf Mosse. Trotzdem auch der Berichterstatter der „Roten Fahne“ wissen mußte, daß bereits in einer Betriebsversammlung am 13. September das Verhalten des Angestelltenrates von dem Organisationsvertreter als vollkommen einwandfrei dargestellt wurde, von irgendwelchen gelben Machinationen also nicht die Rede sein konnte, hält es das „Mitteilungsblatt“ der Lügenfabrik für notwendig, Beschuldigungen, die sich längst als unrichtig herausgestellt haben, wieder aufzufrischen.

Die Bankbeamten in Köln fordern eine Wirtschaftshilfe von 4000 M. für Verheiratete, 3500 M. für Ledige und 1800 M. für Jugendliche.

Ein Eisenbahnstreik in Oesterreich auf der Süd- und der Ostbahn ist ausgebrochen, weil die Forderung einer Steuererhöhung von 4500 Kronen noch nicht bewilligt wurde.

Konferenz der im Schlichtungsgewerbe vertretenen Arbeitnehmer-Organisationen. Donnerstag nachts 1 Uhr allgemeine Mitgliederversammlung in den Germania-Hallen, Chausseest. 110; Anwesenheit: Kommendanten 55; Sportplatz, Potsdamer Str. 72; Kassenkassier, Romboldstr. 31. Der Kartellvorstand.

## „Ausland- und Georgienhilfe“.

Bei der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung gingen folgende Beiträge ein: Verband der Räder, auf Eifen, 254 M., Deutscher Transportarbeiterverband 3000 M., B. Bielefeld 50 M., Arbeiter der Firma G. Bielefeld, 2. Rate, 50 M., Deutscher Transportarbeiterverband 2200 M., Verband der Steinarbeiter 1500 M., Deutscher Transportarbeiterverband 13 000 M., 11. Distrikt der UGV, durch Räder 180 M., Verband der Glasarbeiter 11 500 M., Verband der Sattler und Kapseler, auf Eifen, 688,50 M., Verband der Räder 500 M., Deutscher Metallarbeiterverband 120 000 M., Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, auf Eifen, 18 741,20 M., Verband der Lithographen und Steinbrücker, auf Eifen, 6494,50 M., Verband der Schornsteinfegergehilfen 628 M., Dr. med. Ungenannt 100 M., Verband der Schuhmacher, Juchstille Strauberg, 200 M., Deutscher Eisenbahnenverband 5000 M., Deutscher Transportarbeiterverband 3200 M., von den Angehörigen des Deutschen Transportarbeiterverbandes 1700 M., Deutscher Transportarbeiterverband 3000 M., Verband der Brauer- und Mälzerarbeiter 10 000 M., Verband der Gürtler 1000 M., Deutscher Bauarbeiterverband 6000 M., Deutscher Buchbinderverband, Juchstille Berlin, 15 000 M., Verband der Tischler 3000 M., Verband der Schuhmacher 10 000 M., Deutscher Transportarbeiterverband 4000 M., Gewerkschaftssekretariat Bernau i. B., 607 M., Deutscher Bedienungsgeldverband 10 000 M., Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 2. Rate, 16 629,30 M., Arbeiter der Firma Schürmer, 2. Rate, 50 M., Verband der Zimmerer 1800 M., Verband der Fabrikarbeiter, auf Eifen, 15 000 M., Arbeitsgemeinschaft Groß-Berliner Kasse 307,50 M., Bezirksausschuß Ober-Schlesien durch Abgeordneten Richter 1530 M., Sammlung aller sozialistischen Parteien (S.P.D., U.S.P.D., A.P.D.) Hildesheim 1100 M., vom Kommern 50 M., Deutscher Transportarbeiterverband 4000 M., 16. Distrikt, Zellerfammlung Andreass-Gehilfen, 60 M., Otto Rade 30 M., U.S.P.D.-Ortsgruppe Schwerin 16,50 M., 94 M., Hr. Kollenbaum 600 M., Rinderfeld, Heinefeldstr. 16, 25,50 M., Sammelhilfe 3012 300 M., Rade 2130 155 M., Rade 3414 1606 M., Rade 1303 5000 M., August Ringe 20 M., R. R. 100 M., Arbeiter-Gesundheitsbund, Gau Berlin, 4500 M., Verband der Schuhmacher 10 000 M., Verband der Glasarbeiter 11 500 M., Verband der Sattler und Kapseler, auf Eifen, 6733,80 M., Verband der Eisenarbeiter 2500 M., Deutscher Metallarbeiterverband 150 000 M. In Summa 416 505,85 M. Bereits eingezahlt 346 525,10 M., Gesamtsammelform 823 000,85 M.

Die Sammelhilfen Nr. 63, 140, 330, 1350, 1560, 3722, 4610, 4612, 4004, 3209, 3219, 5074, 5009, 9433, 9439, 13 530 und 14 093 sind als *Zeitschriften* zu bezeichnen; wir bitten diese anzunehmen und im Bureau der Gewerkschaftskommission, Engelstr. 24/25, 1. Zimmer 12/13, abzugeben. Gelder durch die Post sind an die Adresse Hans Sievers, Berlin SO, 16, Engelstr. 24/25, zu richten.

## Wirtschaft

Die Bank der englischen Genossenschaften während des Kohlenstreiks. Der englische Kohlenstreik war eine starke Belastungsprobe der Genossenschaften und einer Anzahl durch den Streik berührter Gewerkschaften. Die zentrale Genossenschaft für Großverkauf (Wholesale Corporation Society) strebt die Sammlung und Verwaltung der Kapitalien der Genossenschaften und der Gewerkschaften in ihrer Bankabteilung an. Im Juni des letzten Jahres waren bei ihr 12 Millionen Pfund Sterling angelegt; unter ihren Klienten befanden sich mehr als 1000 Genossenschaften und 5000 Gewerkschaften. Während des Kohlenstreiks wurde ein großer Teil der Einlagen abgehoben. Das Guthaben der Gewerkschaften hat sich um 1 789 000 Pfund vermindert. Einigen wurde ein Vorstoß im Betrage von beinahe 1/2 Million Pfund von der Genossenschaftsbank bewilligt. Die Mitgliedschaften, welche die Streikenden auf Kredit mit Bedarfsartikeln versehen mußten, waren gezwungen, 3 617 000 Pfund zurückzugeben. Auf diese Weise sind die Depositionen bei der Genossenschaftsbank in ihrem Bestand sehr zurückgegangen. Bei Beendigung des Kohlenstreiks betrugen sie nunmehr 5 Millionen Pfund Sterling.

Ein amerikanischer Milliarden-Ausfuhrkredit. Der amerikanische Kongress hat eine Gesetzentwurf angenommen, der die Finanzkraft ermächtigt, einen Kredit von einer Milliarde Dollar zur Förderung der Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen bereitzustellen.

Die Zunahme der Seelschiffahrt in der Weltseelschiffahrt. Wie sich aus den in Lloyds Register veröffentlichten Statistiken über die Zunahme der Seelschiffahrt in der Weltseelschiffahrt in der Zeitspanne von Juni 1914 bis Juni 1921 ergibt, hat sich der Anteil der Heizöl- und Motorfahrzeuge an der Welttonnage von 3,03 Proz. auf 22,65 Proz. erhöht. Während also Mitte 1914 nur jedes 30. Schiff für den Erdbrennstoff in Frage kam, wird jetzt bereits jedes vierte Schiff mit Treiböl- bzw. Heizöl betrieben. Man ersieht daraus, wie schnell die Entwicklung der Seelschiffahrt in der Richtung zum Ueberbrückenden Schiff geht, eine Entwicklung, die die eigentlichen Ursachen für den Wettbewerb Englands und Amerikas um die Beherrschung des Erdölweltmarktes bildet.

Verantwortlich für den red. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Dr. Wiedt, Berlin. Verlag: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Anzeigen: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin.

## Gewinn-Auszug

18. Preuß.-Südd. (244. Preuß.) Klassen-Lotterie  
4. Klasse 1. Ziehungslos 20. September 1921

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gezogen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Gewinn-Gewinn.		Nachdruck verboten.	
In der Hauptziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:			
2 zu 50000 M	260760		
2 zu 20000 M	151418		
2 zu 10000 M	207960		
4 zu 5000 M	173771 197739		
10 zu 2000 M	10435 164660 196688 200152 269934		
36 zu 1000 M	9987 47355 63706 63684 80648 104103 124312 168580		
168247 187918 192400 200014 200958 233015 241092 252595 263044 271708			
In der Nebenziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:			
2 zu 20000 M	183760		
2 zu 2000 M	110908		
8 zu 5000 M	71823 100368 161091 182608		
14 zu 3000 M	27890 44742 63302 63683 147760 201068 218523		
20 zu 1000 M	40709 63699 76397 127263 136971 138332 143987 194790		
196695 248701 278871 280395 281026			

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den staatlichen Lotteriekassensystemen zur nachträglichen Einsicht ausliegen.

Deutscher Metallarbeiterverband  
Verwaltungsstelle Berlin X, N. 54, Linienstr. 83-85  
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr  
Telefon: Amt Berlin 118, 1299, 1367, 9714

Dienstag, den 22. September, nachmittags 4 Uhr,  
im „Dresdener Garten“, Dresdener Str. 45:

**Versammlung**  
aller in der Gold- und Silberwarenindustrie  
beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.  
Eingeladen dringend notwendig.  
Die Ortsverwaltung.

**LÄUSE** neben Nissen, Wanzen, Motten, Flöhe, Schwaben werden radikal vernichtet durch  
**PFEIFFEROL**

Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Apotheker Otto Pfeiffer & Pflüger, Berlin N. 65, Schulstraße 16.

**Artikel zur Krankenpflege** Kopp & Joseph  
Berlin W 50  
Potsdamer Straße 122  
In bekannt besten Q. Qualitäten zu günstigen Preisen.  
Wir übernehmen wieder das Sterilisieren von Wochenbettwäsche zu den billigsten Preisen.

**Prismen-Feldstecher**  
besond. Zeiss u. Goerz werden  
ständig angekauft  
Photohaus Stockmann  
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135

**Parzellen** Gartenland  
bei den Hohlfeldern  
Mariendorf Mariendorf  
Biesdorf Mariendorf  
Kantowen veräußert billig  
Rieschke & Ritsche  
Kaiserstraße 16 (Telefon 3376)



**Große Auswahl**  
in  
**Korbmöbeln**  
**Kinderwagen**  
**Metallbettstellen**  
3teil. Kinderfahrzeuge u. Möbel  
**F. Bergmann u. Sohn**  
Wilmerdorf, Berliner Str. 34  
Sämtl. Reparaturen schnellstens

## Offener Brief an das deutsche Volk!

Wissen und Schauen  
Wochenchrift für das deutsche Volk  
Beliebt jede Woche in hunderttausenden Händen und unterhält, eben für jedermann leicht verständliche Aufsätze aus allen Gebieten des Wissens, z. B. aus Technik, Literatur, Naturwissenschaft, Kulturgeschichte, Länder- u. Völkertunde, Geographie, Volkswirtschaft usw. Die herausragenden Gelehrten und Schriftsteller haben sich in den Dienst dieses hervorragenden Streites an der deutschen Familie gestellt. Der Mann und die Frau aus dem Volke — aus Stadt und Land — für sie soll „Wissen und Schauen“ ein willkommenes Freund sein. Damit auch jeder daraus schöpfen kann, ist der Preis auf nur 1,50 M. pro Heft festgesetzt und kann — anhand in Briefmarkenbeiträgen — mit monatlich nur 5 M. bezahlt werden (H. Bielefeld).

Der Kampf ums Dasein stellt bei der heutigen Weltlage größere Anforderungen denn je an das deutsche Volk als Ganzes und an jeden einzelnen von uns. Der Kampf ums Dasein ist niemals im deutschen Volk stärker gewesen als heute, da jedem Einzelnen täglich von neuem zum Bewusstsein kommt, daß nur politische Willen und vielfache Bildung ein Fortkommen in der Welt ermöglicht. „Wissen und Schauen“ das an uns bisher immer vergebens gerufen wurde. Der Kampf ums Dasein stellt bei der heutigen Weltlage größere Anforderungen denn je an das deutsche Volk als Ganzes und an jeden einzelnen von uns. Der Kampf ums Dasein ist niemals im deutschen Volk stärker gewesen als heute, da jedem Einzelnen täglich von neuem zum Bewusstsein kommt, daß nur politische Willen und vielfache Bildung ein Fortkommen in der Welt ermöglicht. „Wissen und Schauen“ das an uns bisher immer vergebens gerufen wurde.

Der Kampf ums Dasein stellt bei der heutigen Weltlage größere Anforderungen denn je an das deutsche Volk als Ganzes und an jeden einzelnen von uns. Der Kampf ums Dasein ist niemals im deutschen Volk stärker gewesen als heute, da jedem Einzelnen täglich von neuem zum Bewusstsein kommt, daß nur politische Willen und vielfache Bildung ein Fortkommen in der Welt ermöglicht. „Wissen und Schauen“ das an uns bisher immer vergebens gerufen wurde.